

KELLER

Creating Solutions



Allgemeine Einkaufsbedingungen für Lieferverträge

If you do not understand German, please ask for the English version. By not doing so, you accept this version as applicable.

Zur Verwendung in allen Vertragsbeziehungen zwischen der KELLER (nachfolgend „Käufer“) und von Unternehmen (nachfolgend „Lieferant“) für die Lieferung von Produkten und/oder Dienstleistungen.

1. Maßgebende Bedingungen

- 1.1 Die Rechtsbeziehungen zwischen Lieferant und Käufer richten sich ausschließlich nach den folgenden Einkaufsbedingungen.
- 1.2 Entgegenstehenden Bedingungen des Lieferanten wird hiermit ausdrücklich widersprochen.
- 1.3 Die vorbehaltlose Annahme von Produkten oder Dienstleistungen (nachfolgend einheitlich als „Vertragsgegenstand“ bezeichnet) oder die widerspruchsfreie Bezahlung durch den Käufer bedeutet in keinem Fall die Anerkennung der allgemeinen Geschäftsbedingungen des Lieferanten.
- 1.4 Diese Einkaufsbedingungen gelten auch für alle künftigen Geschäfte mit dem Lieferanten.

2. Abschluss und Umfang des Vertrages, Terminplan, Suspension, Projektleiter

- 2.1 Dieser Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung durch die beiden Vertragsparteien oder durch die Aufnahme der Leistungen durch den Lieferanten in Kraft.
- 2.2 Der Lieferant verpflichtet sich, alle in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen und Bestimmungen vollständig, funktionsfähig, ordnungsgemäß und betriebsbereit zu erbringen bzw. einzuhalten und die nachstehenden Leistungen innerhalb der vereinbarten Termine zu erstellen. Der Lieferant hat bei der Leistungserbringung sicherzustellen, dass der laufende Betrieb nicht beeinträchtigt wird.
- 2.3 tem zu liefern; alles, was für die Errichtung zu planen, liefern und zu montieren ist, gilt als Vertragsgegenstand vereinbart. Dies gilt insbesondere, wenn solche Materialien oder Leistungen nicht ausdrücklich in der Anfrage und/oder Spezifikation erwähnt oder in den Zeichnungen angegeben sind.
- 2.4 Jede Änderung des vereinbarten Vertragsgegenstandes nach Vertragsabschluss bedarf der schriftlichen Bestätigung des Käufers.
- 2.5 Der Lieferant hat die Anforderungen des Käufers zu prüfen und den Käufer noch vor Leistungserbringung vor Hindernissen der ordnungsgemäßen Vertragserfüllung unverzüglich schriftlich zu warnen.
- 2.6 Der Lieferant sichert zu, dass die von ihm gelieferten Vertragsgegenstände frei von Fehlern sind, die zugesicherten Eigenschaften vorliegen, den Anforderungen und dem vertragsgemäß vorausgesetzten Zweck des Käufers entsprechen. Der Lieferant garantiert eine vollständige Wareenausgangsprüfung zur Belieferung mit Nullfehlerqualität.
- 2.7 Lieferort und Endverwendungsstelle des Vertragsgegenstandes können auseinanderfallen. Maßgebend ist das im Liefervertrag des Käufers genannte.
- 2.8 Der Käufer kann zumutbare Änderungen des Vertragsgegenstandes in Konstruktion und Ausführung verlangen. Die Auswirkungen, insbesondere hinsichtlich der Mehr- oder Minderkosten sowie Liefertermine sind angemessen und einvernehmlich zu regeln.
- 2.9 Der Lieferant hat innerhalb von zehn (10) Arbeitstagen nach der Unterzeichnung des Vertrages einen detaillierten, logisch verknüpften Terminplan vorzulegen, der seinen Leistungsumfang innerhalb der bereits vereinbarten Termine weiter logisch beschreibt. Dieser Terminplan hat der Netzplantechnik zu genügen und wird in der Software MS-Project, deutsch erstellt.

Der Terminplan ist so zu erstellen, dass insbesondere

- ein SOLL/IST-Vergleich möglich ist;
- die Kontrolle der Ecktermine möglich ist;
- alle wesentlichen Entscheidungspunkte aufgezeigt werden, an denen Käufer- Entscheidungen und Aussagen abzugeben hat;
- alle Planungsvorlaufzeiten enthalten sind.

- 2.10 Der Käufer kann jederzeit schriftlich einen Aufschub der Lieferung des Vertragsgegenstandes verlangen. In diesem Fall ist der Lieferant verpflichtet, die Materialien und Lieferteile, soweit sie für die Lieferung bereits bereitstehen, auf eigene Gefahr in Verwahrung zu nehmen. Durch solch einen Aufschub entstehen dem Käufer keine Kosten, soweit die Zeitdauer eines solchen Aufschubs dreißig (30) Arbeitstage nicht überschreitet. Sollten danach Kosten entstehen, haben die Parteien unverzüglich eine Einigung insoweit herbeizuführen.
- 2.11 Der Lieferant hat einen Mitarbeiter als Projektleiter einzusetzen. Dieser Projektleiter übernimmt die Koordination und Leitung der für den Käufer vom Lieferanten zu erbringenden Leistung im Rahmen dieses Vertrages. Er hat auf Verlangen vor Ort an der Endverwendungsstelle anwesend zu sein und er ist bevollmächtigt, rechtsgeschäftliche Erklärungen im Namen des Lieferanten abzugeben und entgegenzunehmen. Der Projektleiter ist auf Verlangen des Käufers bei Vorliegen eines wichtigen Grundes auszutauschen.

3. Preise, Zahlung

- 3.1 Die vereinbarten Preise sind Fixpreise. Innerhalb der Europäischen Union (EU) gelten die Preise als DAP außerhalb der EU jedoch als DDP (INCOTERMS 2020) vereinbart. Sie verstehen sich einschließlich Verpackung, exklusive gesetzlicher Umsatzsteuer.
- 3.2 Kostenvoranschläge und/oder Angebote sind verbindlich und nicht zu vergüten, es sei denn, es wurde etwas anderes schriftlich vereinbart. Hat der Lieferant die Aufstellung oder die Montage übernommen, trägt er vorbehaltlich abweichender Regelungen alle erforderlichen Nebenkosten.
- 3.3 Ohne besondere Vereinbarung, zahlt der Käufer (Zahlungsziel) entweder innerhalb von 60 Tagen ohne Abzug oder innerhalb von 14 Tagen mit 3% Skonto ab Eingang der Rechnung und Eingang bzw. Erbringung des Vertragsgegenstandes. Die Zahlung steht unter dem Vorbehalt der Rechnungsprüfung.
- 3.4 Bei Annahme verfrühter Lieferungen richtet sich das Zahlungsziel nach dem vereinbarten Liefertermin.
- 3.5 Die Kalkulationsunterlagen für die Preise nach 3.1 sind auf Verlangen zur Überprüfung der Preisangemessenheit vorzulegen. Änderungen in Form von Preisreduktionen am Beschaffungsmarkt des Lieferanten sind im vollen Umfang weiterzugeben. Der Lieferant hat den Käufer über derartige Änderungen unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
- 3.6 Rechnungen, welche mit diesen Bedingungen und/oder den gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften nicht übereinstimmen, lösen keine Fälligkeit zur Zahlung aus.
- 3.7 Der Lieferant hat innerhalb von zehn (10) Arbeitstagen nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von zehn (10 %) Prozent des Brutto-Vertragspreises von einer Bank mit einem Rating nach 10.2 zu erbringen. Diese Bürgschaft hat den gestellten Anforderungen des Käufers zu entsprechen.
- 3.8 Nach Fertigstellung des funktionsfähigen Gewerkes bzw. Systems und Abnahme nach Ziffer 8.3 hat der Lieferant mit der Schlussrechnung eine den gestellten Anforderungen des Käufers entsprechende Gewährleistungsbürgschaft in Höhe von zehn (10 %) Prozent des gelieferten Brutto-Preises zugunsten des Käufers als Sicherheit für die Erfüllung seiner Gewährleistungsverpflichtungen beizubringen. Sofern es der Lieferant ausdrücklich wünscht, kann anstatt Gestellung einer Gewährleistungsbürgschaft ein Einbehalt von 10% des gelieferten Brutto-Preises vereinbart werden.

- 3.9 Die Gültigkeit der Bürgschaft erlischt erst, wenn nach Fertigstellung der Leistung und Abnahme derselben durch den Käufer auch alle übrigen vertraglich geschuldeten Verpflichtungen einschließlich Gewährleistung durch den Lieferanten erfüllt sind und dies von Käufer ausdrücklich schriftlich bestätigt wird.
- 3.10 Alle Kosten und Auslagen in Zusammenhang mit der Erstellung der vorgenannten Bürgschaften sowie anderer Sicherheitsleistungen werden vom Lieferanten getragen, soweit nicht ausdrücklich anderweitig in diesem Vertrag geregelt.
- 3.11 Sind Abschlagszahlungen vereinbart, werden 10% der Rechnungssumme bis zur vorbehaltlosen Abnahme einbehalten. Die Nichteinhaltung von vereinbarten Regelungen dieses Vertrages berechtigen den Käufer zu einem weiteren Einbehalt von bis zu fünf (5%) des vereinbarten Vertragspreises, bis die Einhaltung der vereinbarten Regelungen für den Käufer zufrieden eingetreten ist.
- 3.12 Spätestens 30 Tage nach Abnahme hat eine Schlussrechnung durch den Lieferanten über den gesamten Vertragsgegenstand gestellt zu werden. Der Käufer kann darauf vertrauen, dass diese Schlussrechnung vollumfänglich ist, er verzichtet insoweit durch diese Schlussrechnung im Voraus auf etwaige sonstige Forderungen, gleich aus welchem Rechtsgrund, wenn diese nicht in der Schlussrechnung aufgeführt sind. Für den Fall, dass der Lieferant die 30 Tage Frist des 3.12 Satz 1 nicht einhält, kann der Käufer eine solche Schlussrechnung erstellen und dem Lieferanten zukommen lassen. Widerspricht der Lieferant dieser Schlussrechnung nicht innerhalb von 10 Tagen nach Zugang, gilt diese Rechnung als vom Lieferanten genehmigt. Für den Nachweis des Zuganges ist ein Faxprotokoll ausreichend.
- 4. Lieferung, Fristen, Lieferverzug, Ersatzvornahme, Vertragsstrafe, Versandanzeige**
- 4.1 Vereinbarte Termine und Fristen sind verbindlich. Maßgebend für die Einhaltung des Liefertermins oder der Lieferfrist ist der Eingang des Vertragsgegenstandes inklusive vollständiger Dokumentation am vereinbarten Lieferort.
- 4.2 Der Lieferant hat den Vertragsgegenstand unter Berücksichtigung der üblichen Zeit für Verladung und Versand rechtzeitig bereitzustellen. Im Übrigen hat sich der Lieferant mit dem Spediteur des Käufers für die Fälle, in denen kein DDP/DAP/CFR/CPT vereinbart ist, abzustimmen.
- 4.3 Teillieferungen sind unzulässig, außer der Käufer hat diesen ausdrücklich zugestimmt.
- 4.4 Werden vereinbarte Termine schuldhaft nicht eingehalten, so ist der Lieferant in Verzug. Es gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nicht nachfolgend etwas anderes geregelt ist.
- 4.5 Die vorbehaltlose Annahme einer verspäteten Lieferung oder Leistung enthält keinen Verzicht auf die dem Käufer wegen der verspäteten Lieferung oder Leistung zustehenden Ersatzansprüche.
- 4.6 Sieht der Lieferant Schwierigkeiten voraus, die ihn an der termingerechten Lieferung oder an der Lieferung in der vereinbarten Qualität hindern könnten, hat er den Käufer unverzüglich unter Angabe der Gründe schriftlich zu informieren.
- 4.7 Im Falle eines Verzuges hat der Käufer eine angemessene Frist zur Nachlieferung (Nachfrist) zu setzen. Davon unbenommen hat der Lieferant den Käufer, den aus der verspäteten Lieferung entstandenen Schaden zu ersetzen.
- 4.8 Wird im Falle eines Verzuges eine vom Käufer festgelegte angemessene Nachfrist nicht eingehalten, so ist er berechtigt, den verspäteten Vertragsgegenstand im Namen und auf Risiko des Lieferanten selbst zu bestellen, oder Dritte zu beauftragen. Sämtliche damit verbundene Kosten und Aufwendungen trägt der Lieferant. Daneben ist der Käufer berechtigt, den Vertrag zu kündigen.
- 4.9 In Notfällen, insbesondere zur Abwehr von akuten Gefahren oder Vermeidung größerer Schäden, kann der Käufer ohne vorherige Anzeige im Sinne des 4.8 handeln.
- 4.10 Außerdem ist der Käufer berechtigt, pro angefangenen Kalendertag des Verzuges eine Vertragsstrafe von 1 %, maximal 10% des gesamten Auftragswertes, zu verlangen. Für den Fall, dass im Vertragsgegenstand bestimmte Dokumente zu bestimmten Terminen zu liefern sind, ist der Käufer berechtigt, pro im Verzug befindlichen Dokument jeweils eine Vertragsstrafe in Höhe von 500,- EUR zu verlangen. Auf Schadenersatzansprüche wird die Vertragsstrafe angerechnet.
- 4.11 Der Versand von Vertragsgegenständen ist drei Tage im Vorhinein anzuzeigen.
- 4.12 Bei Anlieferung von Vertragsgegenständen vor dem vereinbarten Termin (verfrühter Lieferung) oder bei Anlieferung von Vertragsgegenständen, die in der Anzahl größer sind als zu dem Termin vereinbart (Überlieferung), hat der Käufer das Recht, diese Vertragsgegenstände auf Kosten und Gefahr des Lieferanten zurückzusenden. Im Falle einer Lagerung erfolgt dies auf Gefahr und Kosten des Lieferanten.
- 5. Geheimhaltung**
- 5.1 Alle durch den Käufer zugänglich gemachten Informationen (einschließlich Merkmalen, die übergebenen Gegenständen, Dokumenten, Zeichnungen oder Software zu entnehmen sind, und sonstiger Kenntnisse oder Erfahrungen) sind, solange und soweit nicht nachweislich öffentlich bekannt, Dritten gegenüber geheim zu halten. Sie bleiben ausschließliches Eigentum des Käufers und werden im Betrieb des Lieferanten nur Personen zur Verfügung gestellt, die zum Zweck der Lieferung an den Käufer notwendigerweise herangezogen werden müssen und ebenfalls zur Geheimhaltung verpflichtet sind. Ohne vorheriges schriftliches Einverständnis des Käufers dürfen solche Informationen – außer für Lieferungen an den Käufer selbst – nicht vervielfältigt oder gewerbsmäßig verwendet werden. Auf Anforderung des Käufers sind alle von ihm stammenden Informationen (einschließlich Kopien und Aufzeichnungen) und leihweise überlassenen Gegenstände unverzüglich und vollständig an ihn zurückzugeben oder zu vernichten, verbunden mit einer entsprechenden schriftlichen Erklärung.
- 5.2 Der Käufer behält sich alle Rechte an solchen Informationen (einschließlich Urheberrechten und dem Recht zur Anmeldung gewerblicher Schutzrechte) vor. Soweit der Käufer solche Informationen von Dritten erhalten hat, gilt dieser Vorbehalt auch zugunsten dieser Dritten.
- 5.3 Erzeugnisse, die nach vom Käufer entworfenen Unterlagen, wie Zeichnungen, Modellen und dergleichen, oder nach seinen vertraulichen Angaben oder mit seinen Werkzeugen oder nachgebauten Werkzeugen angefertigt sind, dürfen vom Lieferant weder selbst verwendet, noch Dritten angeboten oder geliefert werden. Dies gilt sinngemäß auch für Druckaufträge.
- 6. Erfindungen, Schutzrechte**
- 6.1 An schutzfähigen Erfindungen im Rahmen der Rechtsbeziehungen zwischen Lieferant und Käufer, insbesondere bei Entwicklungsleistungen, räumt der Lieferant bereits hiermit dem Käufer ein unentgeltliches, übertragbares und zeitlich unbegrenztes Nutzungsrecht ein. Der Lieferant stellt organisatorisch sicher, dass er seiner Verpflichtung zur Inanspruchnahme und Übertragung genügen kann.
- 6.2 Dem Lieferant ist bekannt, dass die Vertragsgegenstände des Käufers weltweit eingesetzt werden. Der Lieferant garantiert, dass sämtliche Lieferungen frei von Schutzrechten Dritter sind und insbesondere durch die Lieferung und Benützung der Liefergegenstände Patente, Lizenzen oder sonstige Schutzrechte Dritter nicht verletzt werden. Der Lieferant wird den Käufer im Hinblick auf gegen ihn aus diesem Titel geltend gemachte Ansprüche (samt Rechtsverfolgungskosten) schad- und klaglos halten. Der Käufer ist berechtigt, auf Kosten des Lieferanten die Genehmigung zur Benutzung der betreffenden Liefergegenstände und Leistungen von Berechtigten zu bewirken.

- 6.3 Der Lieferant räumt dem Käufer das unwiderrufliche Recht ein, über den Vertragsgegenstand frei zu verfügen, insbesondere an Dritte weiterzuverkaufen.
- 6.4 Die Vertragspartner unterrichten sich unverzüglich von bekannt werdenden Verletzungsrisiken und angeblichen Verletzungsfällen.
- 6.5 An Software, die zum Lieferumfang gehört, einschließlich ihrer Dokumentation, hat der Käufer das Recht zur Nutzung mit den vereinbarten Leistungsmerkmalen, entsprechend einer vertragsgemäßen Verwendung des Vertragsgegenstandes. Er darf auch ohne ausdrückliche Vereinbarung eine Sicherungskopie erstellen.
- 7. Verpackung, Lieferschein, Rechnung, Warenursprung, Ausfuhrerklärung und Exportbeschränkungen**
- 7.1 Die Vertragsgegenstände sind transportgerecht zu verpacken. Der Lieferant ist für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Begleitpapiere alleine verantwortlich. Insbesondere bei Gefahrgut ist der Lieferant verantwortlich, dass sowohl die Verpackung und deren Kennzeichnung als auch das Transportmittel und dessen Kennzeichnungen den einschlägigen Bestimmungen für den jeweiligen Verkehrsträger (Straße, Schiene, Binnen- oder Hochseeschifffahrt bzw. Luftfahrt) entsprechen. Im Liefervertrag angegebenen besonderen Kennzeichnungs- und/oder Konservierungsvorschriften sind einzuhalten.
- 7.2 Über jede Sendung ist dem Käufer ein Lieferschein und eine gesonderte Rechnung zu erteilen. Sie müssen Lieferantenummer, Datum und Nummer des Liefervertrages, Menge und Artikelnummern des Käufers und des Lieferanten, Nummer und Datum des Lieferscheins, Brutto- und Nettogewichte einzeln aufgeführt, im Liefervertrag angegebene Zusatzdaten des Käufers (z.B. Abladestelle, Projektnummer) sowie den vereinbarten Preis/Mengeneinheiten enthalten. Jeder Lieferung muss eine Packliste mit genauem Inhaltsverzeichnis unter Angabe der Bestellnummer beigefügt werden.
- 7.3 Bezieht sich die Rechnung auf verschiedene Lieferverträge, sind die in Ziffer 7.2 gemachten Angaben für jeden Liefervertrag gesondert aufzuführen.
- 7.4 Ein in der EU ansässiger Lieferant hat dem Käufer die Zolltarifnummer und auf Verlangen bei der Lieferung kostenfrei die Vertragsgegenstände durch Ursprungszeugnisse zu dokumentieren. Daneben hat er stets Vertragsgegenstände, welche ihren Ursprung nicht in der EU haben, auf dem Lieferschein deutlich mit „keine Ursprungsware EU“ zu kennzeichnen. Ein nicht in der EU ansässiger Lieferant hat zusätzlich dem Käufer die Zolltarifnummer und den Präferenznachweis für die jeweiligen Vertragsgegenstände mitzuteilen und auf Verlangen, bei der Lieferung kostenfrei ein Ursprungszeugnis beizufügen. Der Lieferant stellt den Käufer von allen Kosten frei, die in Folge unzutreffender, unvollständiger oder fehlerhafter Ursprungsaussagen oder -dokumente entstehen. Bei außergemeinschaftlichen (nicht innerhalb der EU, NAFTA, Mercosur, etc.) Lieferverträgen hat der Lieferant eine Ausfuhrdeklaration beizufügen.
- 7.5 Der Lieferant ist verpflichtet, den Käufer in Angeboten, vor Abschluss von Lieferverträgen und auf Rechnungen deutlich über etwaige Exportbeschränkungen zu informieren. Dies beinhaltet insbesondere die Kennzeichnung gemäß den jeweils betroffenen nationalen Ausfuhrrechten, insbesondere dem deutschen, amerikanischen und japanischen Ausfuhrrecht, Angabe der betroffenen Ausfuhrlistennummern (AL) und Angabe – soweit es sich um Vertragsgegenstände handelt, die dem amerikanischen Ausfuhrrecht unterliegen – der amerikanischen Export Control Classification Number (ECCN).
- 8. Höhere Gewalt, Gefahrenübergang, Abnahme**
- 8.1 Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, unverschuldete Betriebsstörungen, Unruhen, behördliche Maßnahmen und sonstige unabwendbare Ereignisse befreien den Käufer für die Dauer der Ereignisse von seinen Pflichten. Darüber hinaus ist er berechtigt – unbeschadet seiner sonstigen Rechte – ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten, soweit sie eine erhebliche Verringerung seines Bedarfs zur Folge haben und nicht von unerheblicher Dauer sind.
- 8.2 Der Lieferant trägt die Gefahr bis zur Annahme durch den Käufer oder seinen Beauftragten an dem Ort, an dem der Vertragsgegenstand auftragsgemäß zu liefern ist (Lieferort). Hat der Lieferant die Aufstellung, Montage und/oder Inbetriebnahme übernommen, trägt er die Gefahr bis zur Abnahme durch den Käufer oder seinen Beauftragten. Wird im Liefervertrag zusätzlich zum Lieferort eine Endverwendungsstelle benannt, so erstreckt sich der Gefahrübergang auf die Endverwendungsstelle.
- 8.3 Hat der Lieferant die Aufstellung und Montage übernommen oder sind aus sonstigen vertraglichen Regelungen Werkleistungen zu erbringen, hat eine Abnahme zu erfolgen. Dies gilt insbesondere, wenn vertragliche eine Abnahme vereinbart wurde. Die Abnahme gilt als erteilt, wenn der Käufer dem Lieferanten ein unterzeichnetes Abnahmeprotokoll übergibt. Bei geringfügigen Sachmängeln kann die Abnahme nicht verweigert werden. Ist ein Probetrieb vereinbart, erfolgt die Abnahme erst nach Erreichung der Parameter innerhalb der vereinbarten Zeit. Für die Beseitigung und Folgen des Sachmangels gelten die Bestimmungen der Ziffer 9 entsprechend.
- 8.4 Ist vor der Abnahme nach Ziffer 8.3 eine Inbetriebnahme vereinbart, so ist der Käufer mindestens 10 Tage vor dem geplanten Start zu informieren. Das gleiche gilt für die Abnahme. Der Lieferant hat der Inbetriebnahme und der Abnahme beizuwohnen. Der Käufer kann für die Durchführung der jeweiligen Tests und Prüfungen die Hinzuziehung eines Gutachters von Dritter Seite verlangen. Kosten entstehen dem Käufer dadurch nicht.
- 8.5 Sofern der Käufer Teile des Vertragsgegenstandes vor Abnahme nutzt, haftet der Lieferant nicht für Schäden, die durch das Verschulden des Käufers entstehen. Die durch Nutzung verursachte Verschleiß ist durch den Lieferanten vor Abnahme zu beheben. Durch die Nutzung findet kein Gefahrenübergang an den Käufer statt.
- 9. Gewährleistung, Haftung**
- 9.1 Die gesetzlichen Bestimmungen zu Sach- und Rechtsmängeln (nachfolgend Sachmangel genannt) gelten, soweit nicht nachfolgend etwas anderes geregelt ist.
- 9.2 Ein Sachmangel liegt vor, wenn der vereinbarte Lieferumfang und die gelieferten Vertragsgegenstände nicht übereinstimmen.
- 9.3 Die Annahme des Vertragsgegenstandes steht unter dem Vorbehalt der Untersuchung auf Sachmangelfreiheit, insbesondere auf Richtigkeit, Vollständigkeit und Tauglichkeit. Der Käufer ist berechtigt, den Vertragsgegenstand zu untersuchen, soweit und sobald dies nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist. Entdeckte Sachmängel werden von ihm unverzüglich gerügt. Insoweit verzichtet der Lieferant auf den Einwand der verspäteten Sachmangelanzeige. Für Stückzahlen, Gewichte und Maße sind, vorbehaltlich eines anderweitigen Nachweises, die vom Käufer im Falle einer erfolgten Wareneingangskontrolle ermittelten Werte maßgebend.
- 9.4 Liegt ein Sachmangel vor, hat der Lieferant diesen zu beseitigen. Der Käufer darf für die Beseitigung nach seiner Wahl eine Nachbesserung oder Nachlieferung festlegen. Im Falle einer Nachlieferung hat der gesamte Vertragsgegenstand erneut geliefert zu werden.
- 9.5 Der Anspruch des Käufers auf Beseitigung endet 24 Monate nach mängelfreier Abnahme beim Endkunden, spätestens jedoch 36 Monate nach Annahme der Lieferung durch den Käufer, sofern keine andere schriftliche Vereinbarung getroffen wurde. Zur Erhaltung der Ansprüche des Käufers reicht es aus, wenn der Sachmangel innerhalb der eben genannten Frist angezeigt wurde.

- 9.6 Zeigt sich innerhalb der in 9.5 Satz 1 vereinbarten Frist seit Gefahrübergang ein Sachmangel, wird vermutet, dass er bereits bei Gefahrübergang vorhanden war, es sei denn, dies ist mit der Art der Sache oder des Sachmangels unvereinbar.
- 9.7 Ist eine Nachbesserung durchzuführen, hat der Käufer dem Lieferanten eine angemessene Frist zu setzen, innerhalb derer die Nachbesserung durchgeführt sein muss. Sollte der Lieferant einen angezeigten Sachmangel nicht innerhalb der gesetzten Frist behoben haben, kann der Käufer die Beseitigung im Namen und auf Risiko des Lieferanten selbst durchführen oder Dritte beauftragen. Daneben ist der Käufer berechtigt, den Vertrag zu kündigen.
- 9.8 In Notfällen, insbesondere zur Abwehr von akuten Gefahren oder Vermeidung größerer Schäden, kann der Käufer ohne vorherige Anzeige im Sinne des 9.7. handeln.
- 9.9 Für die Dauer einer Nachbesserung oder Nachlieferung ist die Frist nach 9.5 Satz 1 gehemmt, bis der Lieferant die Ansprüche auf Nacherfüllung vollständig erfüllt hat. Für sämtliche nachgebesserten und/oder nachgelieferten Vertragsgegenstände beginnt die Frist nach 9.5 Satz 1 neu anzulaufen.
- 9.10 Der Lieferant hat Ersatz für jegliche Verletzung einer Pflicht und den daraus entstandenen Schaden zu leisten. Daneben kann der Käufer auch den Kaufpreis mindern oder vom Vertrag zurücktreten. Weitergehende Ansprüche bleiben unberührt, insbesondere hat der Lieferant sämtliche der nach 9.1 - 9.8 anfallenden Kosten und Aufwendungen des Käufers infolge mangelhafter Lieferung des Vertragsgegenstandes, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits-, Materialkosten und/oder Kosten für eine, den üblichen Umfang übersteigende Qualitätskontrolle zu tragen; ebenso Kosten, die der Käufer seinen Kunden gegenüber zu ersetzen hat.
- 9.11 Nimmt der Käufer von ihm hergestellte und/oder verkaufte Erzeugnisse infolge der Mangelhaftigkeit des vom Lieferant gelieferten Vertragsgegenstandes zurück oder wurde deswegen dem Käufer gegenüber der Kaufpreis gemindert, oder er in sonstiger Weise in Anspruch genommen, behält er sich den Rückgriff gegenüber dem Lieferant vor.
- 9.12 Solange ein Sachmangel vorliegt, kann der Käufer die Zahlung zurückbehalten.
- 9.13 Bei Rechtsmängeln stellt der Lieferant den Käufer und dessen Kunden außerdem von Ansprüchen Dritter frei. Für Rechtsmängel gilt eine Verjährungsfrist von 10 Jahren.
- 9.14 Für Vertragsgegenstände, welche untrennbar mit dem Boden verbunden sind (unbewegliche Sachen), endet der Anspruch des Käufers auf Beseitigung des Sachmangels entgegen den Regelungen der Ziffer 9.5 Satz 1 erst 60 Monate nach mängelfreier Abnahme beim Endkunden, sofern keine noch weitergehende Vereinbarung getroffen wurde. Alle übrigen Regelungen bleiben bestehen.
- 10. Sonstige Haftung**
- 10.1 Wird der Käufer aufgrund Produkthaftung in Anspruch genommen, stellt der Lieferant ihn frei, sofern und soweit der Schaden durch einen Fehler des vom Lieferanten gelieferten Vertragsgegenstandes verursacht wurde. Bei verschuldensabhängiger Haftung gilt dies jedoch nur, wenn den Lieferanten ein Verschulden trifft. Sofern die Schadensursache im Verantwortungsbereich des Lieferanten liegt, trägt er insoweit die Beweislast. Der Lieferant übernimmt in diesen Fällen alle Kosten und Aufwendungen, einschließlich der Kosten einer etwaigen Rechtsverfolgung oder Rückrufaktion.
- 10.2 Der Lieferant verpflichtet sich zum Abschluss einer Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung unter Einschluss von Produktvermögensschäden sowie Rückrufkosten. Die Versicherung muss mindestens ein Rating entsprechend der nachstehenden Ratingagenturen haben (A.M.Best: A/A-, Fitch: AA, Moody's: Aa, Standard & Poor's: AA). Die Deckungssumme muss für

den Personen- und Sachschadensbereich sowie den Bereich der Produktvermögensschäden und Rückrufkosten jeweils mindestens EUR 10 Millionen betragen. Das Versicherungszertifikat ist auf Verlangen des Käufers vorzulegen.

11. Abtretung von Forderungen

- 11.1 Ohne vorherige schriftliche Zustimmung, die nicht unbillig verweigert werden darf, kann der Lieferant seine Forderungen gegen den Käufer nicht abtreten, aufrechnen oder durch Dritte einziehen lassen.
- 11.2 Der Käufer darf aufgrund von Gegenansprüchen Zahlungen zurückhalten oder die Aufrechnung erklären.
- 11.3 Dies gilt für alle Gegenansprüche von Konzerngesellschaften innerhalb der Firmengruppe des Käufers.

12. Eigentum, Werkzeugbeistellung

- 12.1 Ein Eigentumsvorbehalt des Lieferanten bedarf zu seiner Wirksamkeit der ausdrücklichen gesonderten Vereinbarung.
- 12.2 Die vom Käufer beigestellten Materialien und Werkzeuge bleiben sein Eigentum und dürfen nur bestimmungsgemäß verwendet werden. Die Verarbeitung von Materialien und der Zusammenbau von Teilen werden für den Käufer vorgenommen. Er ist im Verhältnis des Wertes der Beistellungen zum Wert des Gesamterzeugnisses Miteigentümer an den unter Verwendung seiner Materialien hergestellten Erzeugnissen, die insoweit vom Lieferant für ihn verwahrt werden.
- 12.3 Der Lieferant hat auf Verlangen deutlich sichtbar an den beigestellten Werkzeugen das Eigentum des Käufers zu kennzeichnen. Daneben ist er verpflichtet, die beigestellten Werkzeuge ausschließlich für die Herstellung der bestellten Vertragsgegenstände einzusetzen. Er hat die vom Käufer beigestellten Werkzeuge zum Neuwert auf eigene Kosten gegen Feuer-, Wasserschäden und Diebstahl zu versichern. Er ist verpflichtet, etwa erforderliche Wartungs- und Inspektionsarbeiten auf eigene Kosten rechtzeitig durchzuführen. Etwaige Störfälle hat er dem Käufer unverzüglich anzuzeigen.
- 12.4 Der Lieferant hat auf Verlangen unverzüglich beigestelltes Material und /oder Werkzeug dem Käufer herauszugeben. Ein Zurückbehaltungsrecht ist ausgeschlossen.

13. Qualität und Dokumentation, Audit

- 13.1 Der Lieferant hat für seine Lieferung den Stand von Wissenschaft und Technik sowohl für das Land des Käufers als auch für das Land der im Liefervertrag angegebenen Endverwendungsstelle, die Sicherheitsvorschriften und die vereinbarten technischen Daten einzuhalten. Er muss ein entsprechendes Qualitätsmanagement einrichten und nachweisen.
- 13.2 Der Lieferant ist verpflichtet, eine CE-Konformitätserklärung inklusive der entsprechenden Dokumentation gemeinsam mit der ersten Lieferung zu übergeben.
- 13.3 Der Lieferant muss in seinen Qualitätsaufzeichnungen für alle Vertragsgegenstände festhalten, wann, wie und durch wen deren mangelfreie Herstellung sichergestellt wurde. Diese Nachweise sind 15 Jahre aufzubewahren und dem Käufer auf Verlangen vorzulegen. Vorlieferanten hat der Lieferant in gleichem Umfang zu verpflichten.
- 13.4 Pläne, Ausführungsunterlagen, technische Berechnungen und Ersatzteillisten hat der Lieferant auf Verlangen herauszugeben.
- 13.5 Der Lieferant wird dem Käufer oder einem vom Käufer Beauftragten auf Verlangen zu den betriebsüblichen Zeiten – auch unangemeldet - Gelegenheit geben, sich in seinen Produktions- und Geschäftsräumlichkeiten über dessen Qualitätssicherungsmanagementsystem und dem jeweiligen Fertigungsfortschritt der Vertragsgegenstände zu informieren. Dieses Recht erstreckt sich ebenso auf Subunternehmen und Vorlieferanten des Lieferanten, die dieser entsprechend zu verpflichten hat.

14. Sicherheit, Umweltschutz, Sozialstandards und Menschenrechte

- 14.1 Personen, die in Erfüllung des Vertrages Arbeiten auf Werksgeländen des Käufers oder Dritten ausführen, haben die jeweilige Betriebsordnung zu beachten. Haftung für Unfälle, die diesen Personen auf dem Werksgelände zustoßen, ist ausgeschlossen, soweit diese nicht durch vorsätzliche oder grob fahrlässige Pflichtverletzung der jeweiligen gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen verursacht wurden.
- 14.2 Gesundheit und Sicherheit: Die Lieferanten stellen sicher, dass ihre Arbeitsumgebungen sicher und gesundheitsfördernd sind. Sie müssen angemessene Maßnahmen ergreifen, um Unfälle, Verletzungen und berufsbedingte Krankheiten zu verhindern.
- 14.3 Der Lieferant verpflichtet sich, bei der Herstellung der Vertragsgegenstände alle örtlichen gesetzlichen Umweltvorschriften einzuhalten; er erbringt auf Nachfrage einen geeigneten Nachweis.
- 14.4 Umweltgesetze und -vorschriften: Die Lieferanten müssen alle anwendbaren Umweltgesetze, -vorschriften und -normen einhalten und sich für eine nachhaltige Ressourcennutzung einsetzen.
- 14.5 Verpackungen sind so zu gestalten, dass sie leicht trennbar und recycelbar sind, Mischgebilde vermieden werden, sowie Materialien aus natürlich nachwachsenden Rohstoffen verwendet werden. Entsprechende Produkt- und Materialinformationen sind bereitzustellen.
- 14.6 Das Anbieten von Geschenken und sonstigen Vergünstigungen ist dem Lieferanten untersagt. Jeglicher Versuch einer Bestechungshandlung führt zu sofortigem Abbruch der Geschäftsbeziehung.
- 14.7 Der Lieferant verpflichtet sich, Arbeiter nicht illegal zu beschäftigen. Der Lieferant hat sicherzustellen, dass sein gesamtes Personal ordnungsgemäß beschäftigt ist, und über gültige Visa und Arbeitserlaubnisse verfügt. Der Lieferant wird den Käufer schadlos halten und ihn vor Schäden und Klagen wegen Geltendmachung von Ansprüchen aufgrund dieser Bestimmungen schützen (einschließlich Gerichtskosten).
- 14.8 Der Lieferant verpflichtet sich, die Grundsatzserklärung (CSR-Verhaltenskodex) des Käufers zur Achtung der Menschenrechte einzuhalten, die auf der Webseite des Käufers unter <https://www.keller.de/Einkauf> abzurufen ist. Sowohl für einen Rahmenvertrag als auch für die darauf basierenden Einzelaufträge und Bestellungen gilt die jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültige Fassung der Grundsatzserklärung.

Jeder Verstoß gegen Ziffer 14.1 bis 14.8 berechtigt den Käufer zum Rücktritt vom Vertrag.

15. Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG)

- 15.1 Der Lieferant sichert zu, seinen Mitarbeitern den gesetzlichen Mindestlohn zu entrichten und auch seine Subunternehmer sowie deren Nachunternehmer entsprechend zu verpflichten. Der Lieferant erklärt, nicht von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen zu sein.
- 15.2 Für den Fall, dass Dienst- oder Werkleistungen in den in § 2a des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung genannten Wirtschaftsbereichen oder Wirtschaftszweigen erbracht werden, gilt Folgendes:
Der Lieferant ist verpflichtet, auf Anforderung des Käufers jederzeit einen Nachweis über die Zahlung des Mindestlohns durch den Vertragspartner und ggf. seine Subunternehmer für den Zeitraum der letzten zwei für die Aufzeichnungspflicht gemäß § 17 MiLoG maßgeblichen Jahre vorzulegen. Dieser Nachweis ist durch Vorlage entsprechender Aufzeichnungen über geleistete Arbeitsstunden und hierfür gezahlte Entgelte zu erbringen.
- 15.3 Weiterhin wird der Lieferant auf Anforderung jederzeit Einsicht in die einschlägigen (anonymisierten) Lohn- und Gehaltslisten gewähren.

- 15.4 Für den Fall einer Inanspruchnahme des Käufers diesbezüglich durch Dritte (§ 13 MiLoG, § 14 AEntG) wird der Lieferant den Käufer von allen Ansprüchen inklusive der Rechtsverteidigungskosten auf erstes schriftliches Anfordern freistellen.
- 15.5 Sollte der Lieferant gegen die hier aufgeführten Regelungen verstoßen, ist der Käufer berechtigt, das Vertragsverhältnis außerordentlich ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen. Dies gilt auch im Falle des Verstoßes gegen die vereinbarten Nachweispflichten durch den Vertragspartner.

16. Einhaltung der Anforderungen aus dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

- 16.1 Der Lieferant verpflichtet sich, die im LkSG normierten Verbote einzuhalten. Dazu zählen insbesondere die Verbote von Kinderarbeit, Sklaverei und Zwangsarbeit, die Missachtung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, die Vorenthaltung eines angemessenen Lohns, die Missachtung des Rechts, Gewerkschaften bzw. Mitarbeitervertretungen zu bilden, die Verweigerung des Zugangs zu Nahrung und Wasser sowie der widerrechtliche Entzug von Land und Lebensgrundlagen.
- 16.2 Der Lieferant ist verpflichtet, die Grundsatzserklärung des Käufers zur Achtung der Menschenrechte einzuhalten, die auf der Webseite des Käufers unter <https://www.keller.de/Einkauf> abzurufen ist. Sowohl für den Rahmenvertrag als auch für die darauf basierenden Einzelaufträge und Bestellungen gilt die jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültige Fassung der Grundsatzserklärung.
- 16.3 Der Lieferant ist im Rahmen der Leistungserbringung für den Käufer verpflichtet, ausschließlich mit Zulieferern zusammenzuarbeiten, die sich zur Einhaltung der Standards aus dem LkSG und den Inhalten der Grundsatzserklärung des Käufers verpflichten. Sollte es zu einer möglichen Verletzung der Standards aus dem LkSG bzw. der Grundsatzserklärung durch mittelbare Zulieferer kommen, arbeitet der Lieferant eng mit dem Käufer zusammen, um die Verletzung abzustellen. Der Lieferant hat sich darum zu bemühen, dass auch dessen Subunternehmer und sonstige Zulieferer im Sinne von § 2 Abs. 7 und 8 LkSG diese Erwartungen einhalten.
- 16.4 Der Lieferant räumt dem Käufer das Recht ein, Schulungen zur Durchsetzung der Verpflichtungen nach den vorstehenden Absätzen durchzuführen.
- 16.5 Der Käufer ist berechtigt, die Einhaltung der oben genannten Erwartungen beim Vertragspartner bei hinreichendem Anlass mittels Audit zu überprüfen. Ein hinreichender Anlass liegt u.a. vor, wenn der Käufer mit einer wesentlich veränderten oder wesentlich erweiterten Risikolage beim Vertragspartner rechnen muss. Der Lieferant hat dem Käufer angemessenen Zugang zu relevanten Bereichen und Dokumenten zu gewähren. Eine Überprüfung ist von dem Käufer rechtzeitig vorher anzukündigen. Soweit nicht anders vereinbart, ist die Überprüfung während der Geschäftszeiten des Vertragspartners durchzuführen und soll dessen Geschäftsabläufe im Wesentlichen nicht beeinträchtigen. Ergibt die Überprüfung, dass die Pflichten vom Vertragspartner nicht wie vorgesehen eingehalten werden, wird der Lieferant innerhalb einer angemessenen Frist den Pflichten nachkommen. Die Kosten einer Überprüfung gehen zu Lasten des Käufers, es sei denn, es stellt sich heraus, dass der Lieferant seine Pflichten nicht wie vorgesehen eingehalten hat. In diesem Falle gehen die gesamten Kosten zu Lasten des Vertragspartners.
- 16.6 Der Lieferant hat den Käufer unaufgefordert über von ihm identifizierte Risiken und mögliche Verletzungen gemäß § 2 Abs. 2 bis 4 LkSG in seinem eigenen Geschäftsbereich zu informieren. Bei substantiiertem Kenntnis über mögliche Verletzungen in seiner Lieferkette hat der Lieferant den Käufer ebenfalls unaufgefordert zu informieren. Diesbezügliche Informationen sind schriftlich oder in Textform zu verfassen. Substantiierte Kenntnis bedeutet, dass dem Vertragspart-

ner tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die eine Verletzung einer menschenrechtsbezogenen oder einer umweltbezogenen Pflicht bei mittelbaren Zulieferern möglich erscheinen lassen.

- 16.7 Der Lieferant hat den Käufer bei der Erstellung und Umsetzung eines Konzepts zur Beendigung oder Minimierung der Verletzung in angemessenem Umfang zu unterstützen. Die Unterstützungsleistung umfasst u.a. die Übermittlung sämtlicher im Zusammenhang stehender Informationen.
- 16.8 Bei den Verpflichtungen aus den vorgenannten Absätzen handelt es sich um wesentliche Mitwirkungspflichten des Lieferanten. Im Falle von Verletzungen dieser Pflichten sind die in § 7 LkSG genannten Abhilfemaßnahmen unverzüglich einzuleiten. Der Käufer ist berechtigt, unter den Voraussetzungen des § 7 Abs. 3 LkSG das Vertragsverhältnis aus wichtigem Grund zu kündigen. Dies gilt auch im Falle des Verstoßes gegen die vereinbarten Nachweispflichten durch den Vertragspartner.

17. Einhaltung der Anforderungen aus den EU-Rechtsvorschriften - REACH-Verordnung und RoHS- Richtlinie

REACH-Verordnung (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals) und die RoHS-Richtlinie (Restriction of Hazardous Substances) sind EU-Rechtsvorschriften, die die Verwendung bestimmter gefährlicher Chemikalien in Produkten regeln.

17.1 REACH-Verordnung

- 17.1.1 Registrierungspflicht: Der Lieferant muss sicherstellen, dass alle chemischen Substanzen, die in den von ihm gelieferten Produkten in einer Menge von über einer Tonne pro Jahr pro Stoff enthalten sind, gemäß den Vorschriften der REACH-Verordnung registriert sind. Das bedeutet, dass der Lieferant die notwendigen Informationen und Unterlagen zur Verfügung stellen muss, um die Konformität mit den Registrierungsanforderungen sicherzustellen.
- 17.1.2 Kommunikation von Sicherheitsdatenblättern (SDS): Der Lieferant muss die aktuellen und vollständigen Sicherheitsdatenblätter (SDS) für alle Chemikalien und Stoffe, die in den gelieferten Produkten enthalten sind, bereitstellen. Die SDS müssen relevante Informationen über die sichere Verwendung, die Handhabung und die Exposition gegenüber gefährlichen Chemikalien bieten.

17.2 RoHS-Richtlinie

- 17.2.1 Beschränkung gefährlicher Substanzen: Der Lieferant muss sicherstellen, dass die von ihm gelieferten Produkte den Beschränkungen gemäß der RoHS-Richtlinie entsprechen. Diese Richtlinie legt Grenzwerte für bestimmte gefährliche Substanzen in elektrischen und elektronischen Geräten fest, darunter Blei, Quecksilber, Cadmium, sechswertiges Chrom, polybromierte Biphenyle (PBB) und polybromierte Diphenylether (PBDE). Der Lieferant muss gewährleisten, dass diese Stoffe nicht in Konzentrationen über den vorgeschriebenen Grenzwerten in den gelieferten Produkten vorhanden sind.
- 17.2.1 Konformitätsnachweis: Der Lieferant muss Nachweise und Zertifikate über die Einhaltung der RoHS-Richtlinie für die gelieferten Produkte bereitstellen. Dies kann durch Prüfberichte von akkreditierten Laboren oder andere geeignete Dokumentation erfolgen, die belegt, dass die Produkte den vorgeschriebenen Beschränkungen entsprechen.

18. Schlussbestimmungen, Kündigung

- 18.1 Verträge, Aufträge und Auftragsbestätigungen und jegliche Erklärung bedürfen der Schriftform. Nach vorheriger schriftlicher Vereinbarung kann davon abgewichen werden.
- 18.2 Der Lieferant hat bei Bedarf auf Verlangen des Käufers ein Konsignationslager eingerichtet. In diesem Fall schließen die Vertragsparteien darüber einen gesonderten Vertrag.

- 18.3 Für die vertraglichen Beziehungen gilt das Recht am Sitz des Käufers unter Ausschluss des Kollisionsrechts und des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).
- 18.4 Wird über den Lieferanten ein Insolvenzverfahren oder über sein Vermögen ein gerichtliches oder außergerichtliches Vergleichsverfahren beantragt, ist der Käufer berechtigt, für den nicht erfüllten Teil vom Vertrag zurückzutreten.
- 18.5 Sollte eine Bestimmung dieser Einkaufsbedingungen und der getroffenen weiteren Vereinbarungen unwirksam sein oder werden, wird die Gültigkeit der Einkaufsbedingungen im Übrigen nicht berührt. Die Vertragspartner sind verpflichtet, die unwirksame Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleichkommende Regelung zu ersetzen.
- 18.6 Der Käufer ist berechtigt, jederzeit den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen, insbesondere wenn der Endkunde des Käufers den Auftrag zurücknimmt (storniert) oder wenn das Investitionsvorhaben des Käufers gestoppt wird. Der Lieferant hat in diesem Falle jedoch einen Anspruch auf den Ersatz der bis zu dem Zeitpunkt angefallenen Kosten, sofern diese glaubhaft nachgewiesen werden.
- 18.7 Ein Anspruch auf Ersatz der angefallenen Kosten entfällt, wenn eine Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund erfolgt. Diese wichtigen Gründe liegen insbesondere vor, wenn
- (a) höhere Gewalt, Arbeitskämpfe oder unverschuldete Betriebsstörungen vorliegen, die eine Vertragserfüllung über einen Zeitraum von mehr als achtundzwanzig Kalendertagen hindern,
 - (b) gegen den Lieferanten ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde und / oder ein vorläufiges Insolvenzverfahren vorliegt (Planinsolvenz),
 - (c) wesentliche Änderungen im rechtlichen Status oder in den Beteiligungs- und Beherrschungsverhältnissen bei dem Lieferanten eintreten, so dass dem Käufer ein Festhalten an diesem Vertrag nicht mehr zumutbar ist (insbesondere im Falle der Beteiligung eines Wettbewerbers),
 - (d) der Lieferant den Vertragsgegenstand wiederholt nicht in der geforderten Menge, Qualität oder zu nicht wettbewerbsfähigen Preisen oder nicht in den vereinbarten Zeiträumen zu liefern in der Lage ist oder eine Nachbesserung erfolglos gewesen ist.
- 18.8 Bei einer Kündigung aus wichtigem Grund ist der Käufer berechtigt, alle im Zusammenhang mit der Erbringung der geschuldeten Leistung des Lieferanten notwendigen Unterlagen, Werkzeuge, Einrichtungen oder Sonstiges in Besitz zu nehmen, diese entweder in der Art und Weise wie sie der Käufer für geboten hält zu nutzen, und/oder zur teilweisen Befriedigung jeglicher Forderungen heranzuziehen.

19. Gerichtsstand und geltendes Recht

- 19.1 Als Gerichtsstand gilt Osnabrück als vereinbart. Bei Streitigkeiten gilt deutsches Recht. Die Anwendbarkeit des UN-Kaufrechts ist auch für den Fall ausdrücklich ausgeschlossen, dass eine Anwendung in den Geschäftsbedingungen des Lieferanten vorgesehen ist.

20. Hinweis auf die Datenschutzgrundverordnung

- 20.1 Soweit es zur Vertragserfüllung und zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich ist, verarbeiten wir personenbezogene Daten, wie Ansprechpartner und dienstliche Kontaktdaten.

Der Umgang mit personenbezogenen Daten richtet sich nach den Vorschriften der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie ggf. weiterer Datenschutzbestimmungen.



Hightech-Lösungen aus Tradition

KELLER

Creating Solutions

KELLER HCW GmbH · Carl-Keller-Str. 2-10 · D-49479 Ibbenbüren · Germany
☎ +49 (0) 5451 85-0 · 📠 +49 (0) 5451 85310 · ✉ info@keller.de · 🏠 www.keller.de

KELLER A DIVISION OF GROUPE LEGRIS INDUSTRIES